



**metallforderung**  
EINE AKTIVE POLITIK FÜR  
DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

**Für eine aktive Industriepolitik**

Die Industrie unseres Landes steckt in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, globale Konkurrenz und technologischer Wandel verändern fast alles. Die Transformation betrifft viele Regionen und Branchen der IG Metall, von der Automobilindustrie über den Maschinenbau, die Stahlindustrie oder die Luftfahrtbranche bis hin zu den vielen Zulieferbetrieben der Metall- und Elektroindustrie.

Einen derart fundamentalen Wandel muss die Politik aktiv begleiten und gestalten, er darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Denn dann drohen soziale und ökologische Standards auf der Strecke zu bleiben. Und darin liegen enorme wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Risiken. Es gilt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten und zukunftsfest aufzustellen.

**23 %**

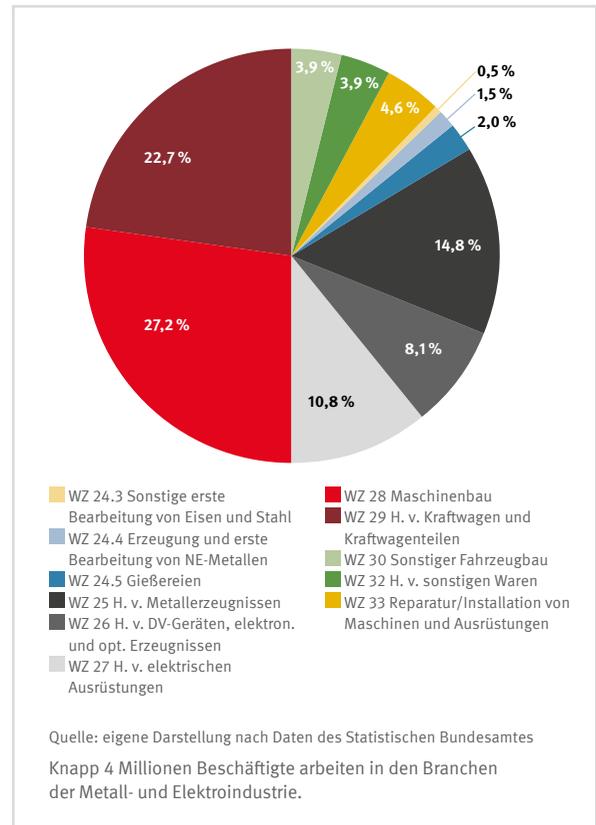
der Wertschöpfung kamen 2020 aus der Industrie.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aktive Industriepolitik hat viele Möglichkeiten, Strukturwandel positiv zu gestalten. Wir brauchen eine gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, die sich am Ziel orientiert, industrielle Wertschöpfung, Standorte und gute Beschäftigung im Land zu halten, weiterzuentwickeln und neu zu schaffen. Förderinstrumente sollten dabei immer auch an Kriterien der Standort- und Beschäftigungssicherung gebunden werden, an sozial verantwortliche und nachhaltige Unternehmensführung, an die Leitidee der „guten Arbeit“ und an ökologische Nachhaltigkeit. Wenn Unternehmen aus Steuermitteln unterstützt werden, müssen sie zur Sicherung von Beschäftigung und Standorten verpflichtet werden. Eine industriepolitische Transformationsstrategie muss in enger Kooperation mit den Sozialpartnern entwickelt und umgesetzt werden. Auch das öffentliche Beschaffungswesen ist ein wichtiger Hebel, solche Kriterien durchzusetzen.

Der Staat als Auftraggeber muss Vorbild und Vorreiter der sozialen und ökologischen Transformation sein.

Ein wichtiges Ziel ist es, in Deutschland oder mindestens in Europa auch weitgehend vollständige Wertschöpfungsketten zu haben, um die Innovationsführerschaft zu sichern und Resilienz von Lieferketten bei politischen oder ökonomischen Krisen sicherzustellen. Es gilt dabei auch, strategisch wichtige Branchen zu schützen und den schleichenden Abfluss von Know-how in Folge von Übernahmen oder die Verlagerung von Produktions- und Entwicklungskapazitäten zu verhindern. Über einen staatlichen Transformationsfonds können mithilfe von Beteiligungen zusätzliche private Investitionen zur Bewältigung der Transformation stimuliert werden.





## Für faire Handels- und Wettbewerbspolitik

Die neue Bundesregierung sollte sich für eine Reform der europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergabepolitik einsetzen. So sollte das europäische Wettbewerbsrecht und die Beihilfepolitik den *globalen* Markt als Bezugsrahmen wählen. Das erlaubt die Bündelung europäischer Kräfte zu „Europäischen Champions“. Den Mitgliedstaaten sollten durch die europäischen Wettbewerbshüter nicht alle Instrumente der industriepolitischen Steuerung aus der Hand geschlagen werden. Die geplante Reform der EU-Beihilfen muss den Mitgliedstaaten in Zukunft größtmögliche Entscheidungsfreiheit einräumen, um den durch die Transformation betroffenen Regionen, auch den heute noch strukturstarke, Fördermittel zur Verfügung zu stellen.

Auch die Handelspolitik ist Teil einer strategischen Industriepolitik. Sie muss ein Dumping sozialer und ökologischer Standards unbedingt verhindern. Europäische Handelspolitik muss für ein „level playing field“ sorgen und dazu ihr Handelsschutzinstrumentarium konsequent anwenden und weiterentwickeln. Bei der Verhandlung der anstehenden Freihandelsabkommen müssen soziale und demokratische Rechte sowie der Schutz von Umwelt, Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

Unterschiedliche internationale Standards an klimapolitischer Regulierung können durch ein WTO-konformes CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem so ausgeglichen werden (*Carbon Border Adjustment*), dass die Dekarbonisierung der Industrie nicht einseitig zulasten der Beschäftigten in Europa geht – und CO<sub>2</sub> dann einfach anderswo emittiert wird. Der Import klimaschädlich produzierter Waren und Vorprodukte würde mit Abgaben belegt, die Einnahmen müssten zweckgebunden für die Gestaltung der Transformation verwendet werden. Die Schutzwirkung der bisherigen Instrumente für energieintensive Branchen wie Stahl im europäischen Emissionshandel muss ausgeglichen werden.

Eine neue Bundesregierung sollte außerdem das Lieferkettengesetz konsequent umsetzen und nachbessern, damit Arbeits- und Umweltstandards in den Lieferketten wirklich eine Chance haben. Denn das jüngst verabschiedete Gesetz verpflichtet erst ab 2023 Unternehmen ab 3.000 Beschäftigte und erst ab 2024 Betriebe ab 1.000 Beschäftigte. Eine zivilrechtliche Haftung ist nicht vorgesehen. Und Risiken bei mittelbaren Zulieferern müssen nur analysiert werden, wenn eindeutige Kenntnisse von Menschenrechtsverletzungen vorliegen. Diese Lücken sollten geschlossen werden. Die Bundesregierung sollte außerdem ein europäisches Lieferkettengesetz unterstützen.



### Die IG Metall fordert

- ▶ eine gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, orientiert an Standort- und Beschäftigungssicherung
- ▶ ein öffentliches Beschaffungswesen als Impulsgeber und Vorreiter für gute Arbeit
- ▶ eine Strategie für weitgehend vollständige Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa
- ▶ den Schutz strategisch wichtiger Branchen vor Abfluss von Know-how infolge von Übernahmen
- ▶ den *globalen* Wettbewerb als Bezugsrahmen für Wettbewerbs- und Beihilfepolitik
- ▶ ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem
- ▶ Lieferkettengesetze auf deutscher und europäischer Ebene, die unternehmerische Sorgfaltspflichten effektiv durchsetzen





## metallforderung

EINE AKTIVE POLITIK FÜR  
DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

### Für eine aktive regionale Strukturpolitik

Mit Wucht trifft der Strukturwandel Regionen, deren industrielle Wertschöpfung in Folge der Transformation an Bedeutung verliert. Nicht nur die Industriebetriebe und ihre Beschäftigten sind betroffen. Ganze Regionen leiden dann unter den Folgeeffekten, vom kleinen Zulieferer über den Einzelhandel bis zur Dienstleistungsbranche. Nur wenn hier frühzeitig gegengesteuert wird, kann ein solcher Wandel erfolgreich bewältigt werden. Dafür braucht es eine aktive regionale Strukturpolitik, die von Bund, Ländern und Europäischer Union finanziell unterstützt werden sollte.

Die Auswirkungen der Transformation spüren auch Regionen, die heute noch zu den wachstumsstärksten in Deutschland gehören. So trifft es zum Beispiel viele klein- und mittelständische Zulieferer der Automobilindustrie, denen vielfach langfristige Perspektiven fehlen. Erfolgreiche Ansätze zur Gestaltung der Transformation müssen regional entwickelt und umgesetzt werden, unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteure aus Unternehmen, Verbänden, Kammern, Verwaltung, Wissenschaft und regionaler Politik. Die vorhandenen Förderinstrumentarien von EU, Bund und Bundesländern reichen dabei nicht mehr aus. Ihre inhaltliche Stoßrichtung greift nur zum Teil die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess auf.



Bildquelle: iStock.com/gerenme



REGIONALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG  
WIRKT: SIE SICHERT BESCHÄFTIGUNG UND  
REDUZIERT DIE REGIONALE UNGLEICHHEIT.

ERGEBNIS EINER STUDIE DES ZEW MANNHEIM,  
MAI 2021

Regionale Strukturpolitik sollte sich nicht nur an strukturschwache Regionen richten, sondern viel mehr als bisher ihren Fokus auf die vorhandenen industriellen Strukturen im Umbruch lenken. Sie sollte die zentralen wirtschaftlichen Akteure einer Region zusammenbringen und regionale Transformationspläne entwickeln. Dazu gehören die Unternehmen der Region, die Kommunen, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitsagentur vor Ort, Weiterbildungsträger, Forschungseinrichtungen und natürlich Gewerkschaften und Betriebsräte. In regionalen Transformationsnetzwerken und -bündnissen sollten Strategien und Konzepte für Regionen entwickelt und die Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, bei der Orientierung auf zukünftige Produkte, Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Größere Unternehmen können dabei eine „Leitfunktion“ einnehmen und Zugang zu Forschungseinrichtungen und Förderprogrammen anbahnen.

Die Gründung und Arbeit dieser Transformationsnetzwerke soll weiterhin durch Bund und Länder auch finanziell gefördert werden.

**FAIRWANDEL**

**Wahl 21**



## Nicht nur Forschung und Entwicklung fördern

Darüber hinaus bedarf es regionaler Transformationsfonds. Hiermit sollte insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit geringer Kapitaldecke Beteiligungskapital bereitgestellt werden. So können sie besser in die Lage versetzt werden, in die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsprozesse zu investieren.

Gefordert ist eine proaktive regionale Strukturpolitik. Sie ist nicht nur in akut strukturschwachen Regionen erforderlich, sondern überall dort, wo in den Regionen Veränderungen der dort dominierenden industriellen Wertschöpfung sichtbar werden, die massive Auswirkungen auf Beschäftigte haben. Strukturpolitik darf sich dabei nicht auf eine einseitig technikzentrierte Förderung von Forschung und Entwicklung, Spitzenclustern und Grundlagenforschung beschränken.

An technischen und betriebswirtschaftlichen Ideen und Ansatzpunkten mangelt es in der Regel nicht. In der Automobil- und Zulieferindustrie sind etwa Leistungs- und Mikroelektronik, Batteriefertigung, Recycling- und Aufbereitungsmodelle oder vielfältige Mobilitätsdienstleistungen zu nennen. In der Luftfahrtindustrie, in der Bahnindustrie und im Schiffbau geht es ebenfalls um alternative Antriebstechnologien, um den Einsatz von Wasserstoff, Lärminderung oder Leichtbautechnologien.

Und im Maschinen- und Anlagenbau eröffnen sich bei der Kopplung und Verzahnung aller Energie- und Wärmesektoren, bei Speichertechnologien, Stromnetzen oder der Gebäudetechnik potenzielle Zukunftsmärkte.

Regionale Strukturpolitik muss nachhaltig Industriearbeit in den Regionen sichern, Beschäftigten Perspektiven geben und gute Arbeit fördern. Sie muss deshalb stets Instrumente der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik beinhalten. In regionalen Weiterbildungsverbänden können Angebote für die Belegschaften von heute gemacht werden, die sie in die Arbeit von morgen begleiten.

Klar muss auch sein: Ohne die aktive Beteiligung von Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen an diesen Prozessen wird die Transformation in der Region nicht gelingen. In KMU fehlen aber immer wieder handlungsfähige Mitbestimmungsstrukturen, insbesondere bei Betriebsratsgremien ohne Freistellungsanspruch. Es bedarf daher einer begleitenden Orientierungsberatung für Betriebsräte, in Form schneller und unbürokratischer Unterstützung durch externe Berater\*innen und Sachverständige. Zielstellung der Orientierungsberatung: im Rahmen von bis zu 10 Berater\*innen-Tage pro Jahr die Situation und Handlungsoptionen der Betriebsräte analysieren, Beschäftigte aktiv beteiligen, Ansatzpunkte möglicher Handlungskonzepte entwickeln und planen.



### Die IG Metall fordert

- ▶ Transformationsfonds für Regionen des Wandels öffentlich zu finanzieren. Dabei können die Erfahrungen mit den Modellregionen, die nun aus dem Zukunftsfonds Automobil gefördert werden, zugrunde gelegt werden.
- ▶ die Gründung regionaler Transformationsnetzwerke und die weitere Unterstützung ihrer Arbeit
- ▶ die neu eingerichteten regionalen Weiterbildungsverbände weiterzuführen und finanziell ausreichend auszustatten
- ▶ die Beratung für Betriebsräte und Möglichkeiten zur Hinzuziehung von externen Sachverständigen weiter auszubauen und zu finanzieren

